

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

17.02.2017

Reformen mit Zuversicht angehen

In dieser Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag die umfassende Gesetzesänderung mit Reformen des föderalen Finanzgefüges sowie die Aufgabenerledigung im Bundesstaat beraten.

Vorgesehen ist, den Ausgleich der Finanzkraft der Länder nicht wie bisher durch einen Finanzausgleich unter den Ländern vorzunehmen, sondern im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene.

Daneben sind Reformen vorgesehen, um bestimmte Aufgaben besser und effizienter zu erledigen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungs-Infrastruktur finanzschwacher Kommunen. Zudem erhält der Bundesrechnungshof zusätzliche Erhebungsrechte durch den Bund, und eine engere Koordination des bundesweiten Steuervollzugs wird eingeführt.

Gelingt der Abschluss dieser Reform, besteht für Bund und Länder finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens

2030. Bei den Beratungen wird darauf zu achten sein, dass die Bundesinteressen gewahrt werden.

Außerdem ist in dieser Woche ein unmissverständliches Signal gesetzt worden, dass Gewalt gegenüber Einsatzkräften nicht hingenommen wird.

Rabiate Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen immer mehr zu. Diese Attacken sind völlig inakzeptabel. Endlich ist der Koalitionspartner auf die langjährige Forderung der Union eingeschwenkt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen. Zukünftig droht Angreifern nicht nur bei sogenannten Vollstreckungshandlungen wie Festnahmen eine Strafe, sondern bereits bei allgemeinen Diensthandlungen wie dem Streifengang und der Unfallaufnahme. Zusätzlich wird eine Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt und der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, selbst wenn er die Absicht hatte, diese nicht zu verwenden.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einer Linie mit weiteren Maßnahmen zur Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes (u.a. bei Bundespolizei und BKA) schaffen wir die Möglichkeit zum Einsatz sogenannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen.

Gestiegene Ausgaben für Schüler

Die jüngst veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die öffentlichen Haushalte im Jahr 2014 im Durchschnitt 300 Euro mehr für die Ausbildung eines Schülers an öffentlichen Schulen ausgegeben haben, als noch im Jahr 2013. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich 2014 die Kosten auf 6.700 Euro pro Schüler. Die höchsten Ausgaben verzeichneten Berlin und Hamburg (je 8.500 Euro), die niedrigsten Schleswig-Holstein (5.800 Euro) und Nordrhein-Westfalen (5.900 Euro). Die weitaus größten Aufwendungen entfielen dabei auf das Personal (ca. 5.500 Euro pro Schüler), gefolgt von Ausgaben für die Unterhaltung von Schulgebäuden, für Lehrmittel und Baumaßnahmen. (Statistisches Bundesamt)

Unternehmensinsolvenzen rückläufig

Die deutschen Amtsgerichte verzeichneten im November 2016 1.677 Unternehmensinsolvenzen und damit 10,8 Prozent weniger als im November 2015. Dies bestätigt einen seit Dezember 2015 andauernden Trend, wonach die Zahlen der monatlich registrierten Unternehmensinsolvenzen, nur mit Ausnahme des Monats September 2016, stets niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat waren. Die meisten Unternehmensinsolvenzen im November 2016 meldete das Baugewerbe. (Statistisches Bundesamt)

Mehr für die Sicherheit tun

Bundesinnenminister Thomas De Maiziere hat die mittelständische Wirtschaft eindringlich gemahnt, mehr für die Sicherheit ihrer Computer, elektronischen Netze und Daten zu tun. "Das ist etwas, das macht mir allergrößte Sorgen", sagte de Maiziere am Montag vor dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft zu den Gefährdungen in diesem Bereich. Allein auf die Netze der Regierung gebe es täglich Tausende von Angriffen. Bedroht sei aber auch die Wirtschaft. "Bitte betrachten Sie die E-Sicherheit als Chef-Sache", forderte De Maiziere. Die Auffassung, kleinere Betriebe seien für Hacker und Cyber-Kriminelle nicht interessant genug, sei völlig falsch. Der Minister verwies auf neue Kriminalitätsformen, bei denen Computersysteme zum Beispiel mit Schad-Software lahmgelegt werden, um sie erst gegen Geldzahlungen wieder freizugeben. Es gehe hier um schlichte Erpressung mit gekaperten Computern. Niemand solle sich sicher sein, dass er davon nicht betroffen sei, mahnte der Minister die Mittelständler. "Glauben sie nicht, dass sie ein uninteressantes Ziel sind", warnte er. Jeder müsse dafür sorgen, dass seine Computer nicht missbraucht und Daten nicht abgeschöpft würden. (Reuters, 13.2.2017)

Abschiebestellen für NRW gefordert

Der Städtetag Nordrhein-Westfalen fordert zentrale Abschiebestellen für abgelehnte Asylbewerber. Angesichts der hohen Anzahl von ausreisepflichtigen Ausländern müsse das Land seine Anstrengungen verstärken und Rückführungen zentral gebündelt und effektiver organisieren, bevor Menschen ohne Bleibeperspektive auf die Kommunen verteilt werden, verlangte der kommunale Spitzenverband am Donnerstag. Im Vordergrund sollten allerdings auch weiterhin Hilfen für eine freiwillige Rückkehr stehen. In NRW seien derzeit die kommunalen Ausländerbehörden für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber zuständig. Häufige Abschiebeprobleme wie die Ausstellung von Passersatzpapieren, die mangelnde Kooperation der Herkunftsländer oder die Überprüfung der Reisefähigkeit könnten aber von den Kommunen nicht gelöst werden. Daran ändert auch die vom Land angestoßene, stärkere fachliche und organisatorische Unterstützung der kommunalen Ausländerbehörden zu wenig. In Nordrhein-Westfalen haben sich nach früheren Angaben des Düsseldorfer Innenministeriums im vergangenen Jahr 21 490 Asylsuchende für eine freiwillige Ausreise entschieden. Abgeschoben wurden 5121 Personen. Laut Ausländerzentralregister gab es zum Jahresende 16 473 ausreisepflichtige Personen und 46 433 Menschen mit Duldungsstatus in NRW. (dpa/lnw)

Mitreden für junge Leute

Die von der EU -Kommission veranstalteten European Development Days (#EDD17) am 7. und 8. Juni in Brüssel sollen das größte europäische Forum zur Diskussion über den künftigen Kurs der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bieten. An den Gesprächen von Politikern und Vertretern internationaler Organisationen will die Kommission auch junge Menschen beteiligen, die sich in der Entwicklungspolitik engagieren. Gesucht werden 16 junge Leute im Alter zwischen 21 und 26. Als „Young Leaders“ sollen sie ihre Ideen und Erfahrungen vorstellen. Bewerbungen sind unter <https://eudedays.eu/young-leaders> bis zum 9. März möglich.

Zitat

„Es ist nicht so, dass die Justiz das Internet nicht versteht. Manchmal versteht das Internet die Justiz nicht.“ (Die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, Ingrid Schmidt, am Mittwoch in Erfurt zu einem von Internet-Nutzern kritisiertem Urteil zu Facebook-Auftritten von Unternehmen, dpa)